76. Jahrgang. Nr. 336 — Dienstag, 19. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 961. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Aufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Sonntag & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdner Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Kabinett vor schweren Entscheidungen

Maßnahmen gegen die politischen Verbrechen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Juli. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag im Anschluß an den Erlaß der Verordnung über das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel eine Sitzung ab, in der die weiteren, vom Kabinett angekündigten Maßnahmen gegen das überhandnehmende politische Verbrechertum zur Debatte standen. Diese Maßnahmen werden zur Zeit von den Ressorts ausgearbeitet, um dann Gegenstand einer

Besprechung mit den Regierungen der Länder

zu sein. Aus dieser Tatsache geht, wie man auch an amtlicher Stelle betont, hervor, daß es sich bei den heute vormittag erfolgten Ankündigungen der Einführung schwerer Strafen, die bis zur Todesstrafe gehen sollen, nicht um einen bloßen „Schreckschuß" handelt. In der heutigen Kabinettssitzung hat man auch die Frage erörtert, ob nicht gegenüber der ständig zum Bürgerkrieg hetzenden und zur Bewaffnung ihrer Parteianhänger auffordernden kommunistischen Presse ebenfalls ein schärferes Eingreifen notwendig ist. Ob sich diese Erörterungen zu konkreten Maßnahmen verdichten werden, läßt sich im Augenblick noch nicht erkennen.

Gerüchte, denen zufolge erwogen würde, die Veröffentlichung von Nachrichten über politische Gewalttaten weitgehend einzuschränken, entbehren jeglicher Grundlage.

Eine Beschneidung der Berichterstattungsmöglichkeiten der Presse ist, wie auch amtlich versichert wird, vom Kabinett nicht ins Auge gefaßt.

Neben der Innenpolitik befaßte sich das Kabinett auch mit der in dieser Woche zu Ende gehenden

Genfer Abrüstungskonferenz.

Man ist sich in Berlin natürlich vollkommen darüber im klaren, daß die Form des Abschlusses, die man auf Betreiben des von Frankreich vorgeschickten Herrn Benesch wählen will, zwar theoretisch spätere Möglichkeiten offen läßt, praktisch aber ganz unmißverständlich zeigt, wie wenig Frankreich und die übrigen Staaten ernstlich gewillt sind, in der Abrüstung zu positiven Resultaten zu gelangen. Die Berichte, die der deutsche Verhandlungsführer, Botschafter Nadolny, nach Berlin gegeben hat, zeigen deutlich,

daß man sogar verhindern will, daß Deutschland auch nur die Möglichkeit findet, seinen Forderungen nach gleichem Recht in der Rüstungsfrage irgendwie Ausdruck zu verleihen.

Im wesentlichen zu diesem Zwecke hat man die Absicht bekanntgegeben, die Konferenz mit einer Entschließung zu beenden und hat als Ausklang den Bericht gewählt, den Benesch so formuliert hat, daß er an den berechtigten Forderungen der abgerüsteten Staaten vorbeigeht, den Bestrebungen der sogenannten Siegermächte dagegen aber alle Türen offen läßt. Die Verlängerung der im Vorjahre beschlossenen Rüstungspause auf eine Anzahl von Monaten in der Form, wie sie der Bericht Beneschs anregt, sieht man auch in den Regierungskreisen lediglich als eine Bindung für Deutschland an, das durch die Verlängerung dieser Abmachung erneut auf den Versailler Vertrag festgelegt werden soll, während den übrigen Mächten jede Freiheit gelassen wird, ihre Rüstungsbestände nach eigenem Ermessen zu vergrößern. Man ist sich in den Kreisen der Regierung natürlich darüber klar, daß man einen derartigen Ausgang der Abrüstungskonferenz nicht stillschweigend hinnehmen kann.

Zum Protest gegen die Art, wie das Problem der Abrüstung in Genf behandelt worden ist, hat ja bekanntlich das Kabinett beschlossen, daß weder der Reichskanzler, noch der Außenminister sich zur Abschlußsitzung nach Genf begeben sollen.

Die Frage, ob der deutsche Vertreter Botschafter Nadolny das Verhalten der übrigen Mächte zum Anlaß eines geharnischten Protestes nehmen soll, wird zur Zeit in Berlin noch diskutiert. Die Regierung wird sich nicht darüber täuschen dürfen, daß eine neue außenpolitische Niederlage für sie von den schwersten innerpolitischen Folgen begleitet sein müßte. Schon jetzt wird in der Berliner Rechtspresse darauf hingewiesen,

daß es die nationalen Kreise zu schärfster Frontstellung gegen das Kabinett nötigen würde, wenn es das unverschämte Vorgehen Frankreichs stillschweigend und ohne Gegenoffensive hinnähme.

Der Pflicht zum Handeln in Genf kann sich die Reichsregierung nicht entziehen, auch wenn nicht verkannt wird, daß an der Lage, die sich schließlich auf der Abrüstungskonferenz ergeben hat, das Kabinett Brüning ein beträchtliches Maß Schuld trägt. Man weist mit Recht darauf hin, daß von Anfang an Deutschland in Genf matt und nur mit halber Kraft gekämpft hat, weil es in der Absicht Brünings lag, alles zu vermeiden, was seiner Ansicht nach einer günstigen und schnellen Lösung der Tributfrage hätte schaden können.

Das Demonstrationsverbot

Berlin, 18. Juli. **Amtlich wird mitgeteilt: Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite.**

Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Das Verbot hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 Anwendung.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

a) wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

b) wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Nun aber Schluß!

Die blutigen Ereignisse in Altona haben die letzten Zweifel über die Notwendigkeit eines Eingreifens der Reichsgewalt gegen den roten Mordterror zerstreut. Siebzehn Tote und eine nicht mehr zu zählende Zahl von Verletzten an einem Tage, das sind nicht mehr Ausschreitungen des Wahlkampfes, das ist der offenkundige Versuch, den Vormarsch der nationalen Bewegung unter den Augen der Polizei mit brutaler Gewalt aufzuhalten. Auch über die Schuldfrage ist nicht mehr zu reden. Die Berichte der Severing-Polizei geben darüber Aufschluß, und in Anbetracht der Tatsache, daß sie in ihrer Leitung durchweg sozialdemokratisch eingestellt ist, kann man nicht einwenden, daß ihr Zeugnis vielleicht aus Liebe zu den Nationalsozialisten einseitig gefärbt wäre. In Schlesien mußte sie über 80 sozialdemokratische Funktionäre und Reichsbannerleute als Anstifter des Ohlauer Ueberfalls verhaften; kürzlich in Köln und jetzt wieder in Altona mußte sie feststellen, daß die planmäßig vorbereiteten und durchgeführten Angriffe von den Kommunisten ausgehen. Wenn aber als natürliche Folge der von ihnen eingeleiteten Kampfhandlungen auch die Roten da und dort Verluste zu verzeichnen haben, dann müssen ihnen diese Opfer als Propagandamaterial dienen.

Der Zweck des ununterbrochenen Kleinkrieges, der sich in den deutschen Straßen austobt, ist unverhüllt zum Ausdruck gekommen in dem unverschämten Telegramm der sozialdemokratischen Parteiführer an den Reichspräsidenten, in dem sie ihn an sein Versprechen bei Herausgabe der politischen Notverordnung erinnern und sein Einschreiten gegen die nationale Bewegung fordern, die für die neuerliche Verwilderung der politischen Sitten verantwortlich sei. Noch deutlicher und unter Beleidigung Hindenburgs hat die Reichsbannerzeitung diese Tendenz zu erkennen gegeben, die dafür vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf Veranlassung des Reichsinnenministeriums auf zwei Wochen verboten worden ist. Sie hatte ein Bild veröffentlicht, auf dem im Hintergrund ein Reichsbannermann steht, vor sich sieben Särge, die die Opfer der sozialdemokratischen Parteitruppe symbolisieren sollen. Ueber diese Särge zieht sich ein Schatten, dessen Umrisse im Anklang auf ein bekanntes Plakat aus der Präsidentenwahl den Reichspräsidenten erkennen lassen. Ueber dem Bild steht der Ausspruch Hindenburgs: „Die Treue ist das Mark der Ehre." Und darunter die Klage: „Unsere Treue wurde uns zum Leichentuch." Man kann nicht deutlicher werden. Der Reichspräsident wird von den Leuten, deren Führer den Sturz Brünings offiziell als Grund für den Bürgerkrieg bezeichnet hatten, bei seiner Ehre genommen, weil sie diese Drohung nun wahrmachen. Sie halten ihm ihre Hindenburgstimmen vor, um ihn unter parteipolitischer Verdrehung des Begriffes der Treue zu einem neuen Uniform- und SA.-Verbot, zurück auf den Brüningkurs, zu zwingen. Auf der anderen Seite aber verlangt die nationale Bewegung als gutes Recht, daß ihr die gesetzlich garantierte politische Gleichberechtigung und Agitationsfreiheit auch tatsächlich gewährleistet wird, wenn nötig, unter Einsatz der staatlichen Machtmittel gegen den roten Terror.

Die Reichsregierung sieht sich durch diese Entwicklung in eine Lage gedrängt, in der sie nicht mehr länger tatenlos zusehen kann, ohne ihre Autorität bei allen Volksteilen zu verlieren, bei denen, die mit dem Gesetz Schindluder treiben und bei den andern, die sich verlassen und immer mehr auf das Recht der Notwehr angewiesen fühlen. Die Mahnungen der Reichsführung an Preußen haben nichts genützt, ebensowenig wie die verspäteten Mahnungen Severings an die Bevölkerung. Seine „politischen Kinder" in der kommunistisch geführten Antifaschistischen Aktion fühlen nur zu deutlich, daß hinter diesen Worten nicht der feste Wille steckt, ihrem mörderischen Treiben energisch Einhalt zu gebieten. Und das Reich hat wieder einmal die Erfahrung machen müssen, daß seine besten Absichten fruchtlos bleiben, wenn es einer politisch entgegengesetzten Regierung in Preußen möglich ist, jede Reichsinitiative lahmzulegen und sie in der Ausführung in ihr Gegenteil zu verkehren. In dieser Lage ist das vom Reichsinnenminister erlassene allgemeine Demonstrationsverbot kein Beruhigungsmittel; denn es muß den Eindruck hervorrufen, als ob die Regierung im Begriff sei, vor der organisierten Gewaltanwendung des Marxismus zurückzuweichen. Es kann nur verstanden werden als vorübergehender Notbehelf, als erster Schritt zu den ganz andersgearteten Maßnahmen, die gleichzeitig angekündigt werden und die sich nicht gegen die Allgemeinheit, sondern gegen die Schuldigen richten. Als solche Maßnahmen kommen nach Lage der Dinge eigentlich nur noch zwei in Betracht: die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen oder die Verhängung des Ausnahmezustandes. Bei der Erörterung der inneren Lage mit dem Reichspräsidenten sind beide Maßnahmen vorläufig noch zurückgestellt worden. Man wollte noch Geduld üben und abwarten. Die Vorgänge in Altona haben nun aber dem Faß dieser unendlichen Geduld den Boden ausgeschlagen. So verschieden diese Ereignisse auch beurteilt werden, darüber besteht nur eine Meinung, daß etwas geschehen

Hugenberg fordert einen Reichskommissar

Siegen, 18. Juli. Der Führer der DNVP., Dr. Hugenberg, hielt heute eine Wahlrede, die unter dem Thema „Wer ist sozialreaktionär?" stand. Hugenberg lehnte es ab, als Sozialreaktionär bezeichnet zu werden, da man unter „reaktionär" das Kleben an innerlich überwundenen Mächten verstehen müsse; die Deutschnationalen aber seien von den Gedanken der Zukunft beherrscht. Losung der Deutschnationalen sei: kameradschaftlich-sozial und im Gegensatze zu heute frei und menschenwürdig.

Dr. Hugenberg kam auch auf die neuen Maßnahmen der Reichsregierung zur Unterdrückung der bedrohlich anwachsenden Unruhen zu sprechen. Er sagte u. a.: Die Regierung Papen berät zur Stunde die Maßnahmen, die sie zur Unterdrückung der bedrohlich anwachsenden Unruhen ergreifen soll. In dieser Stunde möchte ich sagen: Alles hängt davon ab, daß die Regierung sich Autorität verschafft. Sie darf nicht weiter zögern. Sie muß das Uebel an der Wurzel packen.

Das Uebel heißt Preußen.

In keinem anderen Lande sind Unruhen nennenswerter Art vorgekommen. Nur in Preußen folgt ein Ueberfall, ein Mord dem anderen. Der Grund dafür ist ausschließlich darin zu suchen, daß die schwarz-rote Koalition in Preußen die Polizei nicht wirklich gegen die Unruhestifter von links einsetzt.

Wir müssen in dieser Stunde von der Reichsregierung erwarten, daß sie dem marxistischen Spuk in Preußen sofort ein Ende macht, indem sie einen tatkräftigen und die Verhältnisse in Preußen beherrschenden Reichskommissar einsetzt, der mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Wir Deutschnationalen tragen für die Regierung Papen keine Verantwortung, aber wir waren und sind bereit, sie in allem zu unterstützen, was sie zur Ueberwindung der bisherigen unmöglichen Zustände tut. Versagt sie jetzt, so lädt sie schwerste Verantwortung auf sich. Wir können einer Regierung, die den Augenblick des Handelns verpaßt, keine Gefolgschaft leisten.